

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1530  
Bicokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 4.

Dienstag, 6. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Formate des Anzeigertages (bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. vom create, 4. und 8. Grundformate (6 Silben, 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Neillammergeißle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Taktschlag, feste Tarife, Verwilligter Rabatt zuzüglich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — sriug oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59  
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Nach der Ueberreichung der EntenteNote.

Berlin, 6. Januar 1925.

Wenige Stunden vor dem Zusammentritt des Reichstages waren die Botschafter der alliierten Mächte beim Reichskanzler Dr. Marx, um die Note wegen der Räumung der nördlichen Zone zu überreichen. Das Interesse der parlamentarischen Kreise konzentrierte sich selbstverständlich sofort auf den Inhalt dieser Note, die gerade im gegenwärtigen Augenblick der Regierungsbildung eine nahezu entscheidende Rolle spielt. In den Wandelgängen des Reichstages entstanden unter den Abgeordneten sehr lebhafte Erörterungen, bei denen allgemein die Auffassung zum Ausdruck kam, daß die außenpolitische Lage in den nächsten Wochen sehr ernste Vorzeichen erwecken wird. Wenn auch die Note nicht ganz so scharf ausgefallen ist, wie man es nach den ersten Ankündigungen erwartet hatte, so enthält sie doch immerhin starke Zumutungen an Deutschland, die es jeder neuen Regierung außerordentlich schwer machen werden, zu einer Lösung des gegenwärtigen Konfliktes zu gelangen. Besonders bedenklich ist jedenfalls der Umstand, daß die alliierten Regierungen keine bestimmte Frist angeben, nach deren Ablauf die Besetzung der nördlichen Zone aufgehoben werden soll. Wenn immer wieder angekündigt wird, daß die Räumung im Mai geschehen könne, so ist doch in Deutschland gerade im jetzigen Augenblick nicht genügend Vertrauen zur Gegenseite vorhanden, um sich dadurch beruhigen zu lassen. Immerhin steht fest, daß die neue Regierung in der auswärtigen Politik auf die reifliche Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme der radikalen Opposition rechnen kann.

Die Note der alliierten Mächte wird so schnell als irgend möglich von Deutschland beantwortet werden. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die deutsche Antwort höchstwahrscheinlich schon vor Ablauf dieser Woche, spätestens aber zu Beginn der kommenden Woche erfolgen. Die Stellungnahme der maßgebenden deutschen Regierungskreise steht selbstverständlich schon jetzt fest. Deutscherseits wird gegen die Verschiebung der Räumung der nördlichen Zone in der nachdrücklichsten Weise Protest erhoben werden, und zwar wird die deutsche Regierung dem alliierten Standpunkt widersprechen, wonach es nicht möglich gewesen sei, schon jetzt eine Entscheidung in dieser Frage zu treffen. Die Forderung nach Verhandlungen wird zwar in nachdrücklicher Form wiederholt werden, aber es ist schon jetzt vorauszusetzen, daß die deutsche Regierung nicht etwa ein direktes Verhandlungsangebot machen wird, sondern in der Hauptsache darauf besteht, daß die noch strittigen Fragen auf dem Verhandlungswege restlos geklärt werden. In den unterrichteten Kreisen will man wissen, daß die Interpretation der Note, die durch die alliierten Botschafter selbst erfolgt ist, der Reichsregierung vollkommen ungenügend erscheint, und daß daher die Absicht besteht, durch die deutschen diplomatischen Vertreter bei den Ententemächten bestimmte Rückfragen zu stellen.

In einigen Blättern wird angedeutet, daß es wahrscheinlich in der Räumungsfrage zu einem Kompromiß zwischen Deutschland und den Besetzungsmächten kommen wird; wie wir durch unsere unterrichtete Seite erfahren, kann im gegenwärtigen Augenblick hier von dem die Rede sein. Gewiß bestehen noch einige Schwierigkeiten, dem gegenwärtigen Konflikt die Spitze abzubrechen, aber es muß betont werden, daß der Reichsregierung offiziell noch kein Kompromißvorschlag zugegangen ist und sie von sich aus absolut nicht in der Lage ist, den Gegnern irgendwelche Angebote zu machen. Die Wege zu einer friedlichen Lösung können sich lediglich durch direkte Verhandlungen ergeben, bei denen die Reichsregierung immer nur auf den deutschen Rechtsstandpunkt hinweisen kann.

### Der Wortlaut der Note.

X Berlin, 5. Januar. Die Kollektionen der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandszone lautet in deutscher Uebersetzung: Artikel 428 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 verlangt, daß, um die Ausführung des genannten Vertrages durch Deutschland sicherzustellen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraumes von fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der Alliierten und Assoziierten Mächte besetzt bleiben. Gemäß den Bestimmungen des Artikel 429 wird die in Artikel 428 vorgesehene Besetzung, wenn die Bedingungen des genannten Friedensvertrages von Deutschland getreulich erfüllt werden, nach und nach bei Ablauf der ersten fünf, dann der ersten zehn Jahre eingeschränkt werden. Schon jetzt sind die alliierten Regierungen in der Lage, der Deutschen Regierung, ohne den 10. Januar 1925 abzuwarten, mitzuteilen, daß sie den Beweis dafür erhalten haben, daß Deutschland die in Artikel 429 vorgesehene Bedingungen noch nicht erfüllt hat und bis zu diesem Datum nicht wird erfüllt haben können, um der Vergünstigung der Bestimmung über die vorzeitige teilweise Räumung teilhaftig werden zu können. So sind, wenn man nur den Teil V des Vertrages in Betracht zieht, die von der Interalliierten Militärkontrollkommission trotz gewisser Widerstände, denen sie begegnet ist, gesammelten Nachrichten über den Stand der Ausführung der militärischen Bestimmungen hinreichend, um diese Entscheidung der Alliierten Regierungen zu begründen.

Es sind f. B., um nur einige wesentliche Punkte unter den schon jetzt bekannten Tatsachen hervorzuheben, die folgenden Feststellungen gemacht worden:

In Verletzung des Artikels 160 ist der Große Generalstab der Armee in einer anderen Form wiederhergestellt worden.  
In Verletzung des Artikels 174 sind Freiwillige auf kurze Zeit eingestellt und ausgebildet worden.  
Entgegen dem Artikel 168 ist die Umstellung der Fabriken für die Herstellung von Kriegsmaterial bei weitem noch nicht durchgeführt.  
Entgegen den Artikeln 164 bis 169 sind bei der militärischen Ausrüstung festgesetzte Überzählige Bestände jeder Art vorhanden, und es sind bedeutende unerlaubte Vorräte an Kriegsmaterial entdeckt worden.  
Entgegen dem Artikel 162 sowie dem Beschluß der Konferenz von Boulogne vom 19. Juni 1920 hat die Inorganisation der Nationalen Polizei noch nicht begonnen.  
Entgegen dem Artikel 211 hat die Deutsche Regierung bei weitem noch nicht alle von den alliierten Regierungen in ihrer Note vom 29. September 1922 geforderten geographischen und Verwaltungsmahnahmen getroffen.  
Die alliierten Regierungen rechnen übrigens mit dem baldigen Eintreffen des Berichtes der Interalliierten Kontrollkommission, der die Gesamtergebnisse der im Gange befindlichen Generalinspektion wiedergibt. Dieser Bericht wird es ihnen ermöglichen, zu bestimmen, was von Deutschland noch erwartet werden muß, damit seine Verpflichtungen auf militärischem Gebiet gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 als getreulich erfüllt betrachtet werden können; eine weitere Mitteilung hierüber wird der Deutschen Regierung später angedeutet.

(925.) C. della Faille  
E. de Marzagre D'Albernou  
Voddari. Sonda.

X Berlin. Zu der Note der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der ersten Rheinlandszone erklärt "W. T. W." an zuständiger Stelle, daß sich die Note offenbar die Vorwürfe zu eigen macht, die insbesondere in der französischen Presse seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Generalinspektion und der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandszone erhoben worden sind. Diese in der Note zusammengestellten Vorwürfe sind so allgemein gehalten und so wenig sachlich begründet, daß es an der Voraussetzung für eine sachliche Stellungnahme dazu fehlt. Die Deutsche Regierung hält es daher für richtig, die Widerlegung dieser Vorwürfe solange zurückzustellen, bis ihr die angekündigten näheren Mitteilungen gemacht sind, und gibt dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß dies bald geschieht. Schon jetzt aber stellt die deutsche Regierung fest, daß der Stand der Entwaffnungsfrage nach ihrer Ueberzeugung auf keinen Fall eine so schwerwiegende Maßnahme wie die Verlängerung der Besetzung der ersten Rheinlandszone rechtfertigen kann. Im übrigen wird die deutsche Regierung in kürzester Frist ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer Antwortnote mitteilen.

### Der Ueberreichungsakt.

X Berlin. Die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans und der belgische Gesandte haben gestern mittig 12<sup>1/2</sup> Uhr im Auftrag ihrer Regierungen dem Reichskanzler die Kollektionen über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandszone übergeben. Der englische Botschafter als Rangältester wies, ohne die Note zu verlassen, auf ihre besondere Bedeutung sowie auf die Tatsache hin, daß sie von den alliierten Regierungen selbst ausgeht. Zugleich hob er hervor, daß in der Note eine weitere Mitteilung der alliierten Regierungen angekündigt werde, die der deutschen Regierung zugehen werde, sobald der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission erstattet ist. Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen werde. Im übrigen beschränkte er sich auf die Bemerkung, daß allerdings über die Bedeutung der Note kein Zweifel bestehen könne, und daß er sie dem Reichskabinet vorlegen werde.

### Die Note vor dem Reichstag.

X Berlin, 6. Januar. Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, wird die Note der alliierten Mächte zu einer großen außenpolitischen Debatte im Reichstag führen. Der Außenminister Dr. Stresemann beabsichtigt, sich am Mittwoch mit den Führern der Reichstagsparteien in Verbindung zu setzen, um sie über den Standpunkt der Reichsregierung zu informieren. Im Anschluß daran dürfte gleich nach Eröffnung der Debatte über das Regierungsprogramm der Außenminister in einer Rede vor dem Reichstag die Haltung Deutschlands in der Räumungsfrage darlegen und die Antwort der Reichsregierung ankündigen. In den unterrichteten Kreisen verläutet, daß eine Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages im Laufe der nächsten Woche einberufen werden wird, in der die gesamte außenpolitische Lage zum Gegenstand einer Aussprache gemacht werden soll.

## Zur Regierungsbildung.

Abg. v. Fries und Neubaus lehnen ab.

X Berlin. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat ebenso wie der Landtagsabgeordnete von Fries auch der für ein überparteiliches Kabinet in Frage kommende Ministerialdirektor a. Z. Neubaus, wenngleichs zurück, den Eintritt in eine solche Regierung abgelehnt.  
X Berlin. Wie die Blätter zur Regierungsbildung im Reich betonen, werden nach Ablehnung des deutchnationalen Landtagsabgeordneten von Fries und des Ministerialdirektors Neubaus die Verhandlungen vom Reichskanzler Marx fortgeführt, und die „Zeit“ erklärt, es bestehe kein Grund, sie für aussichtslos zu halten. Von den Blättern wird nochmals die enge Verbindung der Regierungsbildung im Reich mit der in Bremen herorgehoben. Besondere Bedeutung wird von den Blättern der letzten Entscheidung der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums beigemessen, ob die Partei auch ohne weitere Beteiligung der Deutschen Volkspartei in der Koalition verbleiben werde. Denn eine solche Regierung würde zwar ein positives Vertrauensvotum nicht erzielen können, jedoch würde es im Landtag auch keine Mehrheit für ein Misstrauensvotum geben.

## Kurze Lebensdauer der neuen Regierung.

X Berlin, 6. Januar. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, rechnet man nur mit einer ganz kurzen Lebensdauer der neuen überparteilichen Reichsregierung, die sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite wenig sympathisch aufgenommen wird. Besonders bestimmt ist man in den Kreisen der Demokraten und Sozialdemokraten, die in den innerpolitischen Fragen zur Opposition übergehen beabsichtigen, falls dies von Fall zu Fall notwendig werden sollte. Auch in den Zentrumskreisen rechnet man damit, daß spätestens im Juni die Regierungsbildung auf parlamentarischer Basis durchgeführt werden wird, und daß der gegenwärtige Zustand nicht unnothiger Weise verlängert wird. Die Regierung müsse in dem Augenblick einem parlamentarischen Kabinet Platz machen, wo die neuen außenpolitischen Schwierigkeiten überwunden sind. Die volksparteilichen Führer halten übrigens die neue Lösung für eine sehr günstige Vorbereitung zur Bildung einer Regierung des Bürgerblocks, die unbedingt aufkommen werde, wenn es jetzt gelin, das Misstrauen des Zentrums gegen die Mitarbeit der deutchnationalen Partei zu überwinden.

## Das deutsch-französische Wirtschaftsprovisorium.

X Berlin, 6. Januar. In den Berliner Regierungskreisen behauptet man, daß infolge der noch immer bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der französischen Regierung bereits vor dem 10. Januar ein provisorisches Abkommen getroffen werden soll. Dieses Provisorium regelt immerhin die wichtigsten handelspolitischen Fragen und kann als Uebergangsstadium den beiderseitigen Interessen gerecht werden. Mit diesem Schritt entfallen auch alle von französischer Seite ausgetretenen Vorwürfe, wonach sich die Gefahr eines deutsch-französischen Kulturkrieges ergäbe. Diese Gefahr hält man in Berliner Regierungskreisen für nicht gegeben, sondern man ist vielmehr der Meinung, daß bei beiderseitigem guten Willen doch noch brauchbare Voraussetzungen für einen deutsch-französischen Handelsvertrag geschaffen werden können.

## Rücktritt der preussischen Regierung?

X Berlin, 6. Januar. Der Rücktritt des preussischen Ministeriums Braun ist unvermeidlich geworden, nachdem die preussische Regierungsfrage durch die deutchnationale Partei aufgerollt worden ist. Wie wir hören, ist eine Entscheidung über die neue Koalition in Bremen zur Stunde noch nicht gefallen, aber es hat den Anschein, als werde es der Deutschen Volkspartei gelingen, die Wiederherstellung der großen Koalition zu verhindern. Inwiefern die preussische Zentrumsfraktion bereit sein wird, eine Rechtskoalition in Bremen mitzumachen, läßt sich schwer übersehen, da das Zentrum im Reiche entschieden gegen eine solche Lösung ist und durch seine Führer einen starken Druck auf die preussische Zentrumsfraktion ausübt.  
Die preussische Regierungsfrage wird, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, noch erheblich größere Schwierigkeiten als das Regierungsproblem im Reiche bereiten. Die Deutsche Volkspartei hat vorläufig noch keine entscheidenden Schritte unternommen, aber es steht schon jetzt fest, daß sie gegen die Wiederherstellung der großen Koalition in Bremen eintreten wird. Augenblicklich finden bereits inoffizielle Erörterungen zwischen den volksparteilichen und den Zentrumsführern des preussischen Landtages statt, die sich um die Frage der Bildung einer bürgerlichen Regierung in Bremen drehen. Das preussische Zentrum ist jedoch entschlossen, eine Rechtskoalition auch in Bremen abzulehnen und stellt in Aussicht, daß es sich mit den anderen bisherigen preussischen Regierungsparteien in Verbindung setzen wird, um zum mindesten eine Regierung der Mitte in Bremen zustande zu bringen. Die Bildung einer Regierung aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ist zur Zeit noch nicht in Erwägung gezogen worden.